

Antrag ÄA 9 & 12

Antragssteller*innen: Franziska Brychcy, Maximilian Schirmer, Landesvorstand, Bettina Günther (Steglitz-Zehlendorf), Johannes Kolleck (Charlottenburg-Wilmersdorf), Marc Mattern (Spandau), Kristian Ronneburg (Marzahn-Hellersdorf), Kerstin Wolter (Friedrichshain-Kreuzberg), Camilla Schuler (Lichtenberg), Moritz Warnke (Treptow-Köpenick), Robert Irmischer (Reinickendorf), Pilar Caballero Alvarez (Reinickendorf)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Anträge A9 und A12 werden durch folgenden Text ersetzt:

2

3 Stoppt den Krieg! Sofortiger Waffenstillstand in Gaza!

4

5 Die Massaker der Terrororganisation Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 und der darauf folgende,
6 rücksichtslose Krieg der israelischen Regierung in Gaza gegen die Hamas, der auch massiv die
7 palästinensische Zivilbevölkerung trifft, erschüttern uns zutiefst. Wir sprechen allen Opfern und ihren
8 Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl aus. Das Töten muss gestoppt werden! Es muss endlich ein
9 Frieden gefunden werden, der die Interessen der Palästinenser*innen und Israelis gleichermaßen
10 berücksichtigt.

11 In Berlin stehen wir solidarisch für die demokratischen Grundrechte der Palästinenser*innen ein gegen
12 den Krieg in Gaza zu protestieren. Wir verurteilen die Einschränkungen der Meinungsfreiheit und die
13 Repression von Palästina-Solidaritätsbewegungen. Die-se Repressionen verhindern Antisemitismus
14 nicht, sondern sind gefährliche Einschränkungen in demokratische Grundrechte.

15

16 Wir setzen uns weiter ein gegen jede Form des Rassismus und für ein friedliches und solidarisches
17 Zusammenleben aller Berliner*innen, egal ob aus Israel, Palästina oder einer anderen Gegend der
18 Welt, ob gläubig oder nicht. Wir stehen solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die
19 sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in der alle
20 Menschen in dieser Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben können. Genauso
21 werden wir nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus und stellen uns entschieden gegen jede
22 Äußerung, die auf die Vernichtung des Staates Israel abzielt.

23

24 Die Linke Berlin fordert:

25

- 26 1. Einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und die sofortige Freilassung aller am 7.
27 Oktober entführten Geiseln,
- 28 2. das Ende von Rüstungsexporten nach Israel,
- 29 3. den Zahlungsstopp an die UNRWA sofort aufzuheben und die Wiederaufnahme humanitärer
30 Hilfeleistung in Gaza einzuleiten.

31

32 Das unermessliche Leid der Palästinenser*innen muss ebenso beendet werden wie die ständige Angst
33 von jüdischen, christlichen, drusischen und muslimischen Israelis vor weiterem Terror und Tod in
34 Israel. Es braucht eine Zwei-Staaten-Lösung, die die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens
35 eröffnet und dem Existenzrecht Israels und dem Existenzrecht eines souveränen palästinensischen
36 Staates gleichermaßen Rechnung trägt. Mit den Eskalationen zwischen Israel und dem Iran droht ein
37 Flächenbrand im Nahen Osten, der unbedingt verhindert werden muss.

38

39 Begründung:

40

41 Gegenwärtig befinden sich über 1 Millionen Menschen in Gaza auf der Flucht. Die Zivilbevölkerung
42 kann nirgendwo hin, es gibt für sie keinen Ausweg. Bereits jetzt sind rund 33.207 Palästinenser*innen
43 im Gazastreifen getötet worden, circa 75.933 sind verletzt. Die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens
44 ist nach Angaben der Vereinten Nationen unmittelbar von einer Hungersnot bedroht. Die israelische
45 Armee hat in Gaza seit Oktober 2023 mehr als 60% aller Wohngebäude beschädigt und 45% völlig
46 zerstört. Nach einem Bericht der Weltbank sind 84% der medizinischen Infrastruktur, Straßen und
47 Bildungseinrichtungen und 82% der Produktionskapazitäten zerstört worden. Mit der planvollen
48 Zerstörung der Infrastruktur, wird das Leben der palästinensischen Bevölkerung in Gaza auf absehbare
49 Zeit verunmöglicht.

50 Trotz dieser Verbrechen lieferte Deutschland Drohnen an Israel und prüft zurzeit die Lieferung von
51 Panzermunition, die im Häuserkampf eingesetzt würden.

52 Statt weiteren Waffenlieferungen braucht es einen sofortigen Waffenstillstand, um das Töten zu
53 beenden und endlich humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung Gazas!

54

55 Von der UN, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen Organisationen wurden
56 zahlreiche Kriegsverbrechen durch Israel dokumentiert wie die Vertreibung und gezielte Tötung von
57 Zivilisten, die Zerstörung von Wasser- und Elektrizitätswerken, das Aushungern der Zivilbevölkerung
58 und die Behinderung humanitärer Hilfe. Eine Verletzung der Rechte und Pflichten aus der Völkermord-
59 Konvention durch Israel ist derzeit beim Internationalen Gerichtshof anhängig.

60

61 Die politische und mediale Debatte zum Krieg in Nahost in Deutschland ist zurzeit extrem verengt. Die
62 deutsche Bundesregierung nimmt den Tod von über 32.000 Palästinenser*innen seit Beginn des Gaza-
63 Kriegs weitgehend untätig hin. Die instrumentelle Nutzung des Antisemitismusvorwurfes um Kritik am
64 Vorgehen Israels als antisemitisch zu framen und kritische Positionen aus dem öffentlichen Diskurs
65 auszuschließen, entwertet den Begriff des Antisemitismus. Insbesondere, wenn auf „importiertem
66 Antisemitismus“ fokussiert wird wie von Politiker*innen von FDP, CDU/CSU, FW und AfD, äußern sich
67 rassistische Zuschreibungen insbesondere gegen muslimische Menschen.

68 Wir setzen uns weiter ein gegen jede Form des Rassismus und für ein friedliches und solidarisches
69 Zusammenleben aller Berliner*innen ein.